

# Wer ist hier unsozial?

CDU wie SPD wollen mehr Krippenplätze für Kleinkinder und streiten sich in aller Härte – nicht nur ums Geld **VON MARC BROST**

Ihren großen Tag hat sich Nicolette Kressl irgendwie anders vorgestellt. Berlin, Montagabend, ein kleines Restaurant am Rand des Regierungsviertels. Vor nicht einmal zehn Stunden hat die SPD in der Bundespressekonferenz erklärt, wie sie die Kinderbetreuung im Land verbessern will. Nicolette Kressl hat dabei ganz außen gegessen, neben SPD-Chef Kurt Beck, neben Parteivize Peer Steinbrück, neben Fraktionschef Peter Struck und neben der Bonner Oberbürgermeisterin Bärbel Dieckmann, aber das hat sie nicht gestört, denn immer wenn es um Fakten ging, ging es um sie, die Familienexpertin. Jedes Kind, so will es die SPD, soll künftig Anspruch auf einen Krippenplatz haben, ganztägig, vom zweiten Lebensjahr an bis zum Schulbeginn. Von 2010 an sollen Eltern den Krippenplatz einklagen können. Vor allem aber soll die Kinderbetreuung bald kostenlos sein.

Es ist eine klassische SPD-Forderung, der alte Traum vieler Sozialpolitiker, der nun endlich wahr werden soll.

Jetzt aber, am Ende dieses Tages, sitzt Nicolette Kressl im Kellergewölbe eines Berliner Restaurants und muss durch die Niederungen des politischen Geschäfts. Als »familienpolitischen Schildbürgerstreich« hat der Paritätische Wohlfahrtsverband den SPD-Plan geißelt. »Unsolide und unsozial«, tönte es aus der CDU.

Unsozial? »Diesen Vorwurf«, sagt Nicolette Kressl, »lasse ich mir nicht gefallen.«

Es ist ein bizarrer Wettlauf, den sich SPD und CDU in der Familienpolitik inzwischen liefern. Es geht um die Gunst der Eltern in diesem Land und darum, welche Partei denn nun die sozialste ist. Wer kümmert sich wirklich darum, dass Deutschlands Paare wieder mehr Kinder in die Welt setzen? Zweieinhalb Wochen lang hatte die Union die Nase vorn, ihre Familienministerin versprach 500 000 zusätzliche Kita-Plätze, bis zum Jahr 2013. Woher das Geld dafür kommen sollte, sagte Ursula von der Leyen nicht. Nun hat der Koalitionspartner nachgelegt: Die SPD will mehr Plätze (750 000), und das auch noch schneller (bis 2010). Vor allem aber sprechen die Sozialdemokraten über die Kosten. Genau daran entzündet sich der Streit.

Die künftige Finanzierung der Kinderbetreuung ist brisant, weil sie gleich mehrere strittige Themen berührt. Zum einen geht es um die Kompetenzverteilung zwischen Bund, Ländern und Kommunen: So interessant je-

der Vorschlag aus Berlin auch klingen mag – Kita-Plätze bereitzustellen ist in Deutschland immer noch die Sache der Länder. Und deren Finanzminister achten unabhängig vom Parteibuch sehr genau darauf, dass niemand anderes als sie selbst entscheidet, wie viel Geld sie ausgeben sollen und wofür.

Zum anderen ist da die Frage, ob der Staat angesichts steigender Steuereinnahmen eigentlich weiter sparen soll oder ob es in Deutschland nicht doch wieder etwas zu verteilen gibt – und wem dieses Geld zugutekommen kann. Das Paradoxe daran: Bislang waren es immer Sozialdemokraten, die mehr Geld fürs Sozialsystem forderten. Jetzt will die SPD den Ausbau der Kinderbetreuung durch Kürzungen bei anderen Familienleistungen finanzieren – und wird dafür von der Union abgewatscht. Für die CDU ist das eine komfortable Situation: Der Koalitionspartner verstrickt sich in Gerechtigkeitsfragen, während man selbst als die Partei dasteht, deren Ministerin den Stein überhaupt erst ins Rollen gebracht hat.

Insgesamt 6,3 Milliarden Euro würde es nach Berechnungen der SPD kosten, neue Kita-Plätze zu schaffen, die Betreuer besser auszubilden und den Kindergartenbesuch kostenlos zu machen. Im Gegenzug wollen die Sozialdemokraten

– auf die anstehende Erhöhung des Kindergelds um 10 Euro verzichten. 154 Euro im Monat zahlt der Staat für die ersten drei Kinder, 179 Euro für jedes weitere. Diese Beträge werden regelmäßig angepasst. Kindergeld gibt es bis zum Alter von 18; wenn der Nachwuchs in der Ausbildung steckt, auch bis 27; – das Ehegattensplitting umbauen. Heute werden bei der Steuererklärung die Einkommen der Partner gedanklich zusammenge-rechnet und dann je zur Hälfte auf beide verteilt. Davon profitieren vor allem Alleinverdiener-Ehen: Würde das Einkommen nur einem Partner zugerechnet, wären höhere Steuern fällig. Die SPD will den auf den Partner übertragbaren Betrag auf 15 000 Euro begrenzen. Zwischen Kinderlosen und Eltern wird dabei nicht unterschieden;

– die Steuerfreibeträge senken. 2160 Euro lässt das Finanzamt heute als Freibetrag für

die Betreuung, Ausbildung und Erziehung von Kindern zu. Nach dem Willen der SPD sollen es künftig 300 Euro weniger sein.

Nicolette Kressl redet leise, ganz ruhig, ihre Hände hat sie die meiste Zeit übereinandergelegt. Ein wenig wirkt die 48-Jährige wie die nette Kindergartentante, die ihren Schützlingen den Sachverhalt jetzt mal ganz grundsätzlich erklärt. Der Eindruck täuscht. Kressl ist gelernte Gewerbeschullehrerin – und ein Finanzprofi. Acht Jahre lang saß sie im Finanzausschuss des Bundestags; im Vermittlungsausschuss galt sie als kluge Verhandlerin. Sie weiß, wie emotional jeder Streit um Geld ausgefochten wird.

Tatsächlich bietet das SPD-Konzept reichlich Angriffsflächen. Zum Beispiel beim Kindergeld: Auf die geplante Erhöhung zu verzichten würde Geringverdiener härter treffen als Eltern mit höherem Einkommen. Und warum sollte es weniger Kindergeld für alle geben, wenn von den neuen Betreuungsplätzen nur die Jüngsten profitieren? Oder das Ehegattensplitting: Der Umbau würde Eltern von erwachsenen Kindern schlechter stellen, die jahrelang für ihren Nachwuchs aufkommen mussten, inzwischen jedoch beim Finanzamt nichts mehr absetzen können.

Es ist ja nicht so, dass Deutschland heute nichts für seine Kinder ausgibt. Drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts investiert der Staat jedes Jahr in Kindergeld und Betreuung – im Vergleich der 30 größten Industriestaaten liegt Deutschland damit auf Rang acht. Auf 185 Milliarden Euro beziffert das Familienministerium alle familienpolitischen Leistungen. Das Kindergeld etwa, das unabhängig vom Einkommen der Eltern gezahlt wird, ist mit 35 Milliarden Euro der größte Posten im Etat. Etwa 20 Milliarden im Jahr kostet den Staat das Ehegattensplitting. Allerdings: Mehr als ein Drittel der Nutznießer hat entweder keine Kinder, oder sie sind schon aus dem Haus.

Im Gegensatz zu Deutschland setzen Staaten wie Frankreich oder die skandinavischen Länder mit ähnlichen Gesamtausgaben ganz andere Schwerpunkte. Sie investieren mehr in die Betreuung von Kleinkindern oder fördern direkt Familien mit Kindern.

Kein Wunder, dass der Finanzminister die Devise ausgegeben hat, dass es für ihn nichts zu verteilen gebe – trotz höherer Steuereinnahmen. Im März beginnen auf der Arbeitsebene die Verhandlungen über den Bundeshaushalt 2008, und schon jetzt, heißt es im Ministerium, »werden wir mit allerlei Wünschen konfrontiert«. Peer Steinbrück will hart

bleiben. So gilt es in der SPD bereits als Erfolg, dass der Finanzminister zugesichert hat, auch jenes Geld für die Kinderbetreuung freizugeben, das der Staat durch die demografische Entwicklung eigentlich einsparen könnte. Wegen der sinkenden Kinderzahlen dürfte im Jahr 2010 rund 630 Millionen Euro weniger Kindergeld fällig sein, prognostiziert die SPD. Dieses Geld soll dann direkt in die Kinderbetreuung fließen.

Bleibt das Problem, wie man den einen Eltern erklärt, dass man ihnen Geld wegnehmen will, um den anderen künftig mehr zu geben.

Die Politik hat dafür den schönen Begriff der »Wahlfreiheit« entdeckt. Wahlfreiheit bedeutet, in Deutschland endlich so viele Krippenplätze zu schaffen, dass Eltern ernsthaft überlegen können, ihr Kind tagsüber betreuen zu lassen, während beide Partner arbeiten gehen. Wahlfreiheit existiert heute nicht, weil es im Westen gerade einmal für jedes zehnte Kind unter drei Jahren einen Krippenplatz gibt. Aber heißt Wahlfreiheit zu schaffen dann nicht auch, insgesamt *mehr* Geld für die Kinderbetreuung auszugeben? Wem der Staat künftig Geld nimmt, der hat ja keine Wahl. Er zahlt einfach drauf. Auch auf eine andere Frage bietet die SPD keine Antwort: Bekommen die Deutschen wirklich mehr Kinder, wenn es zwar mehr Kita-Plätze gibt, aber nicht mehr Kindergeld?

Im Koalitionsvertrag hatten Union und SPD vereinbart, eine effizientere Verwendung der Ausgaben für Kinder und Familien zu prüfen. Allein 145 verschiedene Finanzposten hat das Familienministerium inzwischen ermittelt. Eigentlich wollte Ursula von der Leyen erst Ende des Jahres konkrete Vorschläge präsentieren, welche Leistungen gebündelt, verändert oder abgeschafft werden können. So viel Zeit bleibt ihr nun nicht mehr. Schon in der Koalitionsrunde am kommenden Montag soll über konkrete Finanzdetails gesprochen werden – auch ohne die Zahlen der Familienministerin.

Und wenn am Ende zwischen Union und SPD gar nichts geschieht? Dazu werde es nicht kommen, ist sich Nicolette Kressl sicher. Zum Schluss dieses Tages klingt ihre Stimme das erste Mal ein klein wenig triumphal. »Im Koalitionsvertrag war noch davon die Rede, dass 230 000 Kita-Plätze für die unter Dreijährigen reichen«, sagt die Sozialdemokratin. »Jetzt sind wir uns schon einig, dass wir weit mehr brauchen.«